

# Fußach holt über eine Million Euro zurück

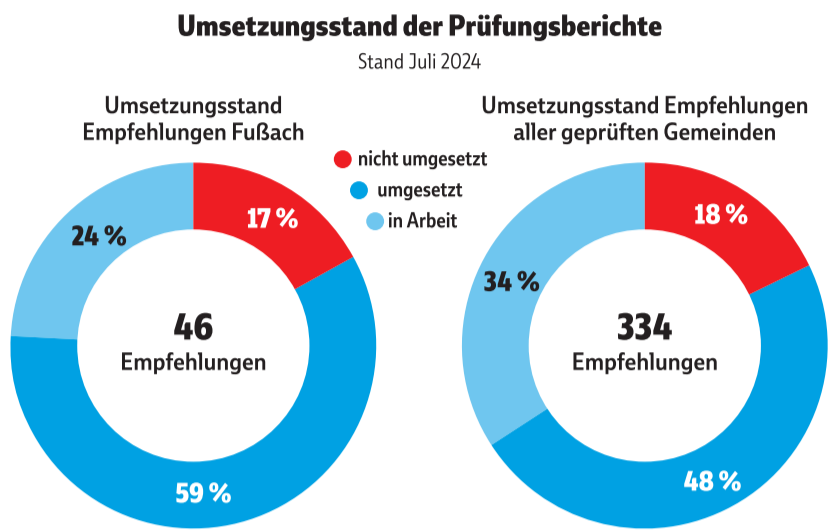
Rechnungshofprüfung sorgt auch dafür, dass Fußach aus Anlagen Geld zurückholen konnte.

**BREGENZ, FUSSACH** Wenn der Rechnungshof prüft, dann schlottern in manchen Gemeinden die Knie. Manche sind auf Abwehrhaltung, finden die Prüfung lästig. Nicht so Fußach. Der ehemalige Bürgermeister Ernst Blum hat einen Scherbenhaufen hinterlassen, den der Rechnungshof aufgearbeitet hat. 46 Empfehlungen hinterließen die Prüfer im Jahr 2021. Jetzt haben sie sich angesehen, ob Fußach die Empfehlungen umgesetzt hat. Das Resultat: Lob für die Gemeinde, und die Freude, dass die Prüfung am Ende auch Geld in die Kassen gespült hat. Der Landesrechnungshof wäre jedoch nicht der Landesrechnungshof, hätte Direktorin Brigitte Egger-Barghehr nicht auch mahnende Worte parat.

## Hoher Umsetzungsgrad

Egger-Barghehr streut den Fußachern Rosen. „In Anbetracht der großen Herausforderungen haben sie die Sache gut gemacht“, sagt sie im VN-Gespräch. Schon rein quantitativ: Bei Follow-up-Prüfungen in Gemeinden sind durchschnittlich 48 Prozent der Empfehlungen umgesetzt, 34 Prozent sind in Arbeit, 18 Prozent nicht umgesetzt. Fußach: 59 Prozent umgesetzt, 17 Prozent nicht. Und das in der richtigen Reihenfolge, sagt Egger-Barghehr. „Sie haben die Prioritäten richtig gesetzt.“

Was die Rechnungshofberichte bewirken können, zeigt sich bei den Veranlagungen in Fußach. Die Gemeinde hat nach Bekanntwerden des Ausmaßes der Malversationen eine Selbstanzeige bei der Finanz eingereicht und zahlte 700.000 Euro nach, weil keine Kapitalertragsteuer bezahlt wurde. Kurz darauf veröffentlichte der Rechnungshof den Prüfbericht und beschrieb ausführlich eine missglückte Millionenveranlagung. Sie wurde teuer gekauft und dann quasi verschenkt. Der Gemeinde gelang es darauf, die Anleihe zurückzuholen und für



VN-GRAFIK, QUELLE: LANDES-RECHNUNGSHOF

2,16 Millionen Euro zu verkaufen. Nach Steuern bleiben davon 1,57 Millionen Euro für die Gemeindegasse. „Ohne den Prüfbericht wäre die Gemeinde nicht darauf gestoßen“, freut sich Egger-Barghehr. Wie sehr die Veranlagungsgeschäfte strafrechtlich relevant sind, ermittelt gerade die Staatsanwaltschaft. Die Gemeinde möchte auch noch zivilrechtlich klagen - neben 700.000 Euro Steuernachzahlung musste die Gemeinde zur Aufarbeitung auch 55.000 Euro Steuergeld an einen Steuerberater überweisen.

Diese Zivilklage sollte bald eingereicht werden, sagt Egger-Barghehr. „Man muss Verjährungsfristen im Auge behalten.“ Auch sonst sieht sie noch Handlungsbedarf in

Fußach. Die Empfehlungen, vor allem was die Berichterstattung an die Gemeindevertretung betrifft, sollten als Nächstes umgesetzt werden. Zudem soll die Gemeinde stärker auf Gemeindekooperationen setzen, und die Vorgaben des internen Kontrollsystems sollten geschult und dokumentiert werden. Insgesamt sei man aber mit Fußach zufrieden.

## Dank von der Gemeinde

Und Fußach ist mit den Prüferinnen zufrieden. Während andere Gemeinden in Stellungnahmen dem Landesrechnungshof manchmal widersprechen, schreibt Fußach in der Stellungnahme des aktuellen Berichts: „Im Namen der Gemeinde möchte ich dem Landesrechnungshof meinen aufrichtigen Dank für die umfassende, gründliche und professionelle Durchführung der Prüfung aussprechen. Ihre Bemühungen helfen uns, unsere Verwaltungsprozesse und unsere Finanzführung kontinuierlich zu verbessern.“ So etwas hören die Prüferinnen selten.

**MICHAEL PROCK**  
michael.prock@vn.at  
0676 88005693



„In Anbetracht der großen Herausforderungen haben sie die Sache gut gemacht.“

**Brigitte Egger-Barghehr**  
Dir. Landesrechnungshof



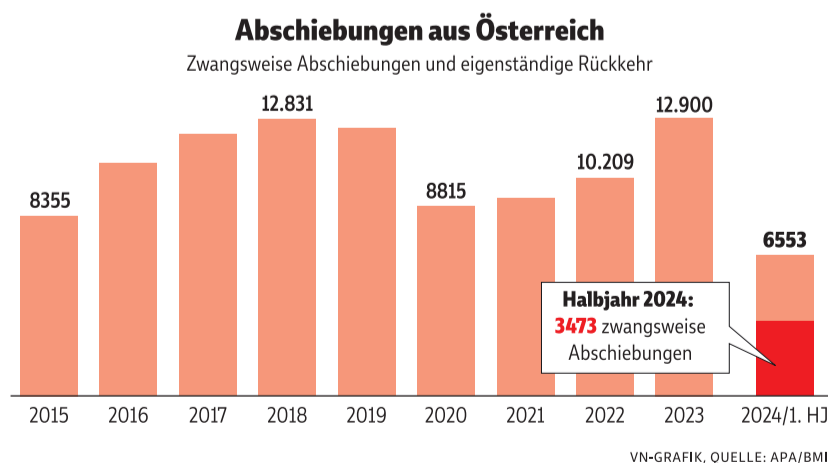
## Abschiebungen meist in Europa

Laut Innenminister 6553 Ausreisen im ersten Halbjahr.

**WIEN** Nach dem Höchstwert an Abschiebungen im Vorjahr hat es auch im ersten Halbjahr 2024 einen Rekordwert gegeben, gab Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) am Mittwoch in einer Pressekonferenz bekannt. Gezählt wurden 3080 „freiwillige Ausreisen“ und 3473 „zwangsweise Ausreisungen“ von Ausländern, zusammen 6553 und damit um sechs Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Im ersten Halbjahr gab es zudem 7029 negative Asylentscheidungen und 13.477 positive Entscheidungen, wobei 9086 davon einen Asylstatus bekommen, der Rest einen subsidiären Schutzstatus.

Laut Asylstatistik auf der Webseite des Innenministeriums gab es im ersten Quartal 2855 Abschiebungen. Die meisten Menschen



VN-GRAFIK, QUELLE: APA/BMI

wurden in die Slowakei gebracht, nämlich 900. Dazu 451 nach Ungarn, 272 nach Rumänien, 96 nach Bulgarien und 84 nach Tschechien. Dazu kommen 171 Abschiebungen nach Serbien. Darunter laut Karner auch Syrer und Afghanen. Direkt nach Syrien sind im ersten Halbjahr 15 Menschen abgeschoben worden, nach Afghanistan neun. Die meisten Abschiebungen in ein

Land außerhalb Europas gab es in die Türkei (70), Irak (69) und nach Nigeria (59). Die meisten freiwilligen Ausreisen gab es in die Türkei (666), nach Serbien (317) und nach Georgien (156).

618 Menschen wurden nach Dublinabkommen außer Landes gebracht. 1016 Menschen kamen wegen dem Dublinabkommen zurück nach Österreich.



**Kommentar**  
Peter Bußjäger

## Problem verschlafen?

In den vergangenen Wochen ist es in Wien zu mehreren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen syrischen und tschetschenischen Jugendgruppen gekommen. Mittlerweile gibt es eine „offizielle“ Erklärung von Vertretern der beiden Gemeinschaften

„Respekt vor dem Alter ist zwar in jeder Gesellschaft wichtig, nicht aber, wenn es sich um mafiose Clanstrukturen handelt.“

ten (in der Sprache der Sozialarbeit Communities genannt), die auch in den Medien veröffentlicht wurde. Demnach hat man sich untereinander ausgesprochen, Missverständnisse bereinigt und eine Art Frieden geschlossen.

Das klingt - wenn überhaupt - nur beim ersten Lesen gut. Dasselbe gilt, wenn davon die Rede ist, dass diese Erklärung, verabschiedet von einem „Ältestenrat“, bei den jungen Leuten der jeweiligen Community auf eine gewisse Akzeptanz stoßen dürfte, weil den Ältestenräten große Autorität zugebilligt würde. Respekt vor dem Alter ist zwar in jeder Gesellschaft wichtig, nicht aber, wenn es sich um mafiose Clanstrukturen handelt. Uner-

freulich ist zudem, dass diesen migrantischen Jugendlichen Gesetz, öffentliche Ordnung, Achtung der Menschenwürde, insbesondere jener von Frauen, sowie ihre eigene Zukunft völlig gleichgültig zu sein scheinen. Sie mögen vielleicht Respekt vor ihren Ältesten haben, aber jedenfalls nicht vor der Polizei und allen anderen Organen der Staatsgewalt. Die Schulen sind offenbar ohnehin machtlos.

Die Polizei müsste klarstellen, dass sie es ist, die für Ruhe und Ordnung sorgt, und zwar unabhängig davon, wie gerade die Stimmungslage unter den Ältestenräten der jeweiligen Community ist. Ein tschetschenischer Influencer, der bei der Ausarbeitung des „Friedensabkommens“ anwesend gewesen sein will, bescheinigt der Polizei, das Problem verschlafen zu haben. Ob dieser Vorwurf gerechtfertigt ist oder nicht, sei dahingestellt. Die Aushöhlung des Gewaltmonopols des Staates ist in manchen Großstädten Europas bereits ziemlich weit fortgeschritten. Wien sollte diesen nicht unbedingt folgen.

**PETER BUSSJÄGER**  
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.

## Die „Sonne“ darf bei der Nationalratswahl nicht antreten

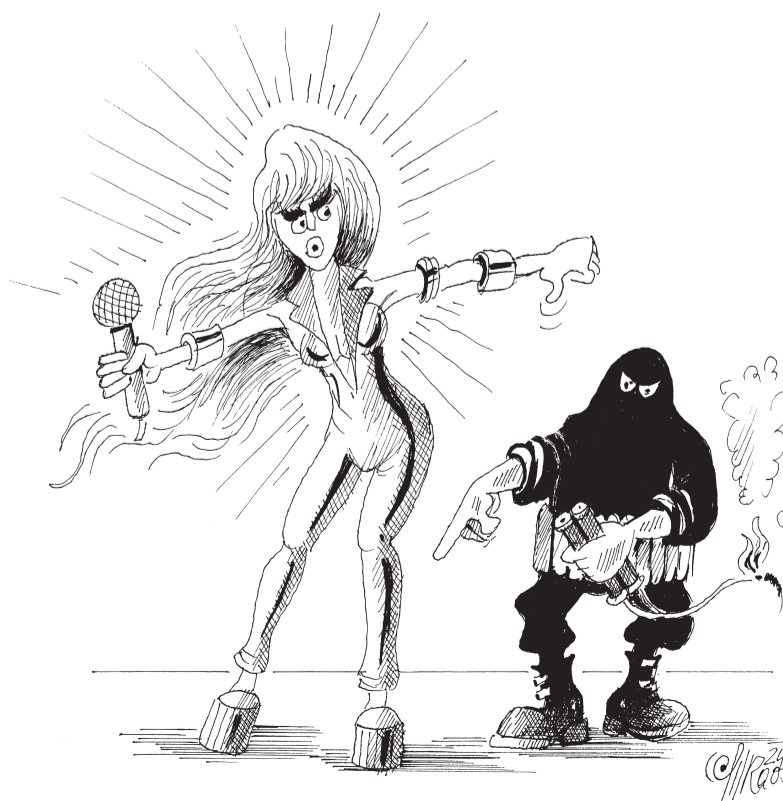
**BREGENZ** 100 Unterstützungserklärungen hätte die Partei „Sonne“ benötigt, um auf dem Vorarlberger Stimmzettel für die Nationalratswahl am 29. September stehen zu können. Keine einzige sei eingereicht worden, heißt es aus der Landeswahlbehörde. Damit hat es die Partei nicht auf die Liste geschafft.

Alle anderen schon. Damit treten die ÖVP, die SPÖ, die FPÖ, die Grünen und die Neos an. Die SPÖ-Landesliste besteht aus 15 Perso-

nen, alle anderen schicken 16 ins Rennen. Daneben kandidieren einige Kleinparteien: Die Bierpartei und die MFG treten jeweils mit zwei Kandidatinnen und Kandidaten an. Die KPÖ-Liste besteht aus fünf Personen, die Liste von Madeleine Petrovic aus drei und die Liste Gaza sowie die Liste „Keine“ jeweils aus sechs Kandidatinnen und Kandidaten. Damit stehen in Vorarlberg bei der Nationalratswahl elf Parteien auf dem Stimmzettel.

## KARIKATUR

IS-gestört!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT